

Fragen

**für die Fragestunde der 80. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. Dezember 2010**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Bartol, Sören (SPD)	26, 27	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 55
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63	Kolbe, Daniela (Leipzig) (SPD)	89, 90
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34
Bollmann, Gerd (SPD)	30, 75	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 72
Burkert, Martin (SPD)	22, 23	Kumpf, Ute (SPD)	20, 21
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	58, 62	Dr. Lauterbach, Karl (SPD)	5, 6
Dörmann, Martin (SPD)	8	Lemme, Steffen-Claudio (SPD)	3, 4
Dreibus, Werner (DIE LINKE.)	80, 81	Lühmann, Kirsten (SPD)	16, 17
Dr. Gambke, Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	67, 68	Malczak, Agnes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 57
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	51, 52	Marks, Caren (SPD)	88
Gottschalck, Ulrike (SPD)	18, 19	Mattheis, Hilde (SPD)	1, 2
Groß, Michael (SPD)	10, 11	Dr. Miersch, Matthias (SPD)	31, 32
Grund, Manfred (CDU/CSU)	46, 47	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	86, 87
Hacker, Hans-Joachim (SPD)	24, 25	Dr. Notz, Konstantin von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	59, 60
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	53, 54	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	85
Hiller-Ohm, Gabriele (SPD)	78, 79	Dr. Ott, Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 40
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	69, 70	Paula, Heinz (SPD)	14, 15
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Pitterle, Richard (DIE LINKE.)	73
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	74	Dr. Reimann, Carola (SPD)	7, 84
Kaczmarek, Oliver (SPD)	37, 38	Röspel, René (SPD)	45, 64
Koch, Harald (DIE LINKE.)	65, 66		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44	Steiner, Dorothea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36
Scheel, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	71	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50
Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	76, 77	Stüber, Sabine (DIE LINKE.)	9
Schwabe, Frank (SPD)	41, 42	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	82, 83
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	61, 91		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	14
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	14
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	23

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

1. Abgeordnete
**Hilde
Mattheis**
(SPD) Wird die Bundesregierung künftige Ausgabensteigerungen in der sozialen Pflegeversicherung alleine den Versicherten aufbürden, oder bleibt es bei der paritätischen Finanzierung des Beitrages, die bisher zumindest nominal gegeben war, mit der Einschränkung, dass die Arbeitgeber schon bei der Einführung der Pflegeversicherung durch Wegfall eines Feiertages nicht belastet worden sind?
2. Abgeordnete
**Hilde
Mattheis**
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Beitragsbelastung für die Versicherten in der sozialen Pflegeversicherung durch eine prognostizierte Beitragserhöhung von jetzt 1,95 Beitragssatzpunkten auf 2,1 Beitragssatzpunkte im Jahr 2014, auf 2,3 Beitragssatzpunkte im Jahr 2020, auf 2,5 Beitragssatzpunkte im Jahr 2030 und auf 2,8 Beitragssatzpunkte im Jahr 2050 im Vergleich zu einem angedachten Zusatzbeitrag von 10 Euro oder 15 Euro oder 20 Euro bereits für das Jahr 2014?
3. Abgeordneter
**Steffen-Claudio
Lemme**
(SPD) Ist bei der Einführung der Zusatzversicherung für die Pflege an einen Sozialausgleich gedacht, und wie wird dieser ggf. ausgestaltet und finanziert?
4. Abgeordneter
**Steffen-Claudio
Lemme**
(SPD) Was soll nach Ansicht der Bundesregierung aus Kapitalanlagen von Personen werden, die nicht pflegebedürftig werden und nicht auf das Angesparte zurückgreifen müssen
5. Abgeordneter
**Dr. Karl
Lauterbach**
(SPD) In welcher Höhe werden nach den Berechnungen der Bundesregierung die Beiträge für die kapitalgedeckte Zusatzversicherung in der gesetzlichen Pflegeversicherung liegen, und auf welcher Grundlage hat die Bundesregierung diese Höhe ermittelt?
6. Abgeordneter
**Dr. Karl
Lauterbach**
(SPD) Welche monatliche Prämienhöhe zur ergänzenden Kapitaldeckung ist nach Auffassung der Bundesregierung auch für Rentnerinnen und Rentner und andere Bezieherinnen und Bezieher vergleichsweise niedriger Einkommen tragbar, ohne dass ein sozialer Ausgleich eingeführt wird?

7. Abgeordnete
Dr. Carola Reimann
(SPD) Wann werden erste Reformpläne zur Reform der Pflegeversicherung vorliegen, und werden mit den Reformansätzen für Angebots- und Infrastrukturverbesserungen auch Vorschläge für eine Finanzreform vorliegen?
8. Abgeordneter
Martin Dörmann
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung – vor dem Hintergrund, dass insbesondere Journalisten, aber auch Film- und Fernsehschauspielern seit dem 1. Januar 2009 kein Krankengeld mehr ab dem ersten Tag ausgezahlt bekommen – die Notwendigkeit, zur alten Regelung und der Auszahlung des Krankengeldes ab dem ersten Tag auch für diese Berufsgruppe zurückzukehren, und inwieweit wird sie entsprechende Forderungen seitens der Fraktion der SPD aber auch von Bundesrat, Gewerkschaften und der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) im Rahmen der Gesetzesnovellierung zur Änderung arzneimittelrechtlicher Vorschriften und anderer Vorschriften im Jahr 2009 aufgreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

9. Abgeordnete
Sabine Stüber
(DIE LINKE.) Welchen Verfahrensstand hinsichtlich des Inhalts und der Dauer noch erforderlicher Verhandlungen haben die Bemühungen der Bundesregierung zum Abschluss eines Staatsvertrages mit der Republik Polen zur gemeinsamen Verbesserung der Situation an den Wasserstraßen im deutsch-polnischen Grenzgebiet (Hochwasserschutz/Abfluss- und Schifffahrtverhältnisse)?
10. Abgeordneter
Michael Groß
(SPD) Inwieweit trägt die Bundesregierung bereits Vorsorge, um dem erhöhten Mittelbedarf für die Erhaltungsmaßnahmen der Verkehrsinfrastruktur, auch unter Einbeziehung der sich abzeichnenden Winter- und Frostschäden, entgegenzuwirken?

11. Abgeordneter
**Michael
Groß**
(SPD)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung finanziell den Investitionsbedarf für die Sanierung der Infrastruktur im Bereich der Straße nach dem Winter 2010/2011 ein, nachdem bereits aktuell ein Sanierungstau festgestellt wird und von einer sich potenzierenden baulichen Zustandsverschlechterung der Bauwerke und Straßen auszugehen ist?
12. Abgeordnete
**Cornelia
Behm**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit hat sich die Zahl der Flugbewegungen im Luftraum über Berlin in den letzten fünf Jahren entwickelt, insbesondere hinsichtlich der Starts und Landungen an den Flughäfen Berlin-Tegel und Berlin-Schönefeld (bitte mit Angabe der Zahlen nach Jahren und Flughafenstandort getrennt)?
13. Abgeordnete
**Cornelia
Behm**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie häufig war in den letzten zehn Jahren der Einsatz von Eisbrechern auf der Elbe erforderlich, und wie oft kam es dabei zu Behinderungen durch eine unzureichende Fahrrinntiefe?
14. Abgeordneter
**Heinz
Paula**
(SPD)
- Kann das Bundesministerium der Finanzen bestätigen, dass die Anschubfinanzierung zum Ausbau der Autobahn 8 zwischen Ulm und Augsburg gewährleistet ist, und hat die Aussage weiterhin Bestand, dass der Konezssionsbeginn Januar 2011 ist?
15. Abgeordneter
**Heinz
Paula**
(SPD)
- Durch welches konkrete Regierungshandeln gedenkt der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, seine Zusage einzuhalten, wonach er persönlich die Zusammenarbeit zwischen Stadt, Stadtwerken und Deutscher Bahn AG beim Verfahren zum Umbau des Hauptbahnhofs Augsburg und die Baumaßnahme selbst unterstützen wird (Ergebnis eines Gesprächs des Bundesministers mit Kommunalpolitikern, laut Pressemitteilung der Stadt Augsburg am 3. Dezember 2010), und was kann der Bundesminister dafür tun, damit der Bahnsteig F am Augsburger Bahnhof – der doch nach bisherigem Kenntnisstand vom Freistaat Bayern aus Bundesmitteln finanziert wird – schnell realisiert wird?

16. Abgeordnete
Kirsten Lühmann
(SPD)
- Wie und wo hat die Bundesregierung die in der Änderung der Straßenverkehrsordnung (die am 4. Dezember 2010 offiziell in Kraft getreten ist) aufgeführten Witterungsverhältnisse – wie Glatteis, Schneeglätte, Schneematsch, Eis oder Reifglätte auf der Fahrbahn – bei denen ein Auto nur mit Winterreifen gefahren werden darf, gerichtsfest definiert, um den einschreitenden Ordnungskräften eine eindeutige Feststellung des Tatbestandes sowie den Verkehrsteilnehmenden ein regelkonformes Verhalten zu ermöglichen?
17. Abgeordnete
Kirsten Lühmann
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung der Verkehrssicherheit Rechnung tragen, wenn ein Kraftfahrer die neu gefasste Vorschrift erfüllt, indem er zwar Reifen mit dem Schneeflockensymbol verwendet, diese aber tatsächlich nicht auf die in der Verordnung genannten winterlichen Wetterverhältnisse ausgelegt sind, weil sie ein Profil haben, das nachweislich nicht für Glatteis, Schneeglätte, Schneematsch oder Eis geeignet ist, u. a., weil sie keine Mindestprofiltiefe von 4 mm haben?
18. Abgeordnete
Ulrike Gottschalck
(SPD)
- Welche Kosten für den Streudienst haben die Bundesländer zum 15. Juni 2010 gemeldet, die sie für den Streudienst auf Bundesstraßen im Winter 2009/2010 zu tragen hatten, und kann die Bundesregierung im Vergleich der Winterperioden 2007/2008 und 2008/2009 einen Anstieg verzeichnen?
19. Abgeordnete
Ulrike Gottschalck
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in wie vielen Fällen es seit dem Wintereinbruch im Dezember 2010 zu Behinderungen des Bahnverkehrs an Bahnübergängen kam, weil aufgrund der Verwendung von Streusalz an Bahnübergängen sich das Verhalten der elektrischen Kontakte, über die die Bahnschranken ihr Signal erhalten, veränderten und einen Kurzschluss auslösten?
20. Abgeordnete
Ute Kumpf
(SPD)
- Wie viele Ausfälle von regulären Zugverbindungen hat es nach Kenntnis der Bundesregierung als Eigentümer der Deutschen Bahn AG (DB AG) im Bahnverkehr seit dem Beginn der Winterperiode 2010/2011 gegeben, die auf den Einfluss der Witterungsbedingungen zurückzuführen sind?

-
21. Abgeordnete
Ute Kumpf
(SPD) Wie viele Weichen sind im Schienennetz der DB AG mit einer Heizung ausgestattet, und wie beurteilt die Bundesregierung die Ansicht der DB AG als bundeseigenes Unternehmen, dass eine stärkere Beheizung der vorhandenen Weichen einen unverhältnismäßig hohen Energieverbrauch verursacht?
22. Abgeordneter
Martin Burkert
(SPD) Wie will die Bundesregierung als Eigentümer der Deutschen Bahn AG (DB AG) angesichts der erneuten winterbedingten Probleme im Zugverkehr sicherstellen, dass künftig nur noch witterungsresistente Materialien in der Fahrzeugflotte sowie beim Neubau bzw. der Instandhaltung des Netzes zum Einsatz kommen?
23. Abgeordneter
Martin Burkert
(SPD) Werden Mittel aus dem Einzelplan 12 des Bundeshaushalts speziell für die Witterungsresistenz des Bestandnetzes der DB AG verwandt, und gibt es spezielle Anstrengungen der Bundesregierung gegenüber der DB AG, Tunnel, wie beispielsweise den Schwarzkopftunnel, gegen Witterungseinflüsse zu schützen?
24. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD) Wie stellte sich die Häufigkeit der Eisstände auf den Bundeswasserstraßen im Frostwinter 2009/2010 im Vergleich zu den vergangenen fünf Jahren dar?
25. Abgeordneter
Hans-Joachim Hacker
(SPD) War der Betrieb der Schiffsschleusen an deutschen Wasserstraßen im Winter 2009/2010 nach Kenntnis der Bundesregierung durch Vereisung gefährdet, und wenn ja, in welchen Bereichen?
26. Abgeordneter
Sören Bartol
(SPD) Wie haben sich die Verbraucherpreise für Heizenergie insgesamt und für einzelne Heizenergieträger seit der Einführung des Heizkostenzuschusses zum Wohngeld Anfang 2009 bis heute entwickelt?
27. Abgeordneter
Sören Bartol
(SPD) Um wie viel Euro wird die durchschnittliche monatliche Wohngeldzahlung durch die Streichung des Heizkostenzuschusses ab 2011 voraussichtlich sinken, und wie viele Haushalte werden nach Einschätzung der Bundesregierung aufgrund der niedrigeren Wohngeldzahlungen Arbeitslosengeld II beantragen müssen?

28. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wer ist Eigentümer der für die Mauterhebung erforderlichen Einrichtungen und Anlagen (Mautbrücken, On-Board-Units, Server, Software etc.) nach Auslaufen des aktuellen Betreibervertrages, und wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit, das Unternehmen Toll Collect GmbH durch den Bund zu übernehmen?
29. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) In welcher Form sucht die Bundesregierung nach einem künftigen Betreiber nach Auslaufen des aktuellen Betreibervertrages (öffentliche Ausschreibung, Direktvergabe o.Ä.), und wie ist der Stand der beiden Schiedsverfahren gegen die Toll Collect GmbH?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

30. Abgeordneter
Gerd Bollmann
(SPD) Ist die Bundesregierung angesichts zahlreicher Müllskandale (z. B. illegale Abfallbeseitigung in Tongruben, illegaler Export an Elektroabfällen) und der aktuellen Erfassungsprobleme bei Verpackungsabfällen sowie den technischen Problemen beim elektronischen Abfallnachweisverfahren (eANV) überzeugt, das die Rückführung für die Tätigkeit von Sammlern, Beförderern, Händlern und Maklern für Abfälle von einer Genehmigungspflicht zur Anzeigepflicht, das richtige Signal ist, und wie sollen angesichts des niedrigeren Überwachungsstandards zukünftig Müllskandale verhindert und eine ordnungsgemäße Entsorgung von Abfällen garantiert werden?
31. Abgeordneter
Dr. Matthias Miersch
(SPD) Welche neuen Erkenntnisse in Bezug auf die Notwendigkeit der Atommülltransporte von Ahaus nach Majak hatte die Bundesregierung zwischen dem 1. Dezember 2010, an dem die Parlamentarische Staatssekretärin Katherina Reiche noch von der Prüfung der Transporte sprach, und dem 6. Dezember 2010, an dem der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, den Transport abgesagt hatte?

32. Abgeordneter
Dr. Matthias Miersch
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, dem Parlament die in den Bundesländern erstellten Auflistungen von konkreten oder angedachten Nachrüstungen von Atomkraftwerken zur Verfügung zu stellen, sobald diese der Bundesregierung vorliegen?
33. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Um welches Bundesland handelt es sich in der Antwort auf den zweiten Teil meiner Mündlichen Frage 83 auf Bundestagsdrucksache 17/3113 (bitte mit Angabe des Datums, wann dieses Bundesland die in der Antwort genannten „ersten Informationen“ übermittelt hat; vgl. Plenarprotokoll 17/77, Anlage 64), und geschah diese Übermittlung auf eine Bitte bzw. Aufforderung hin, die das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) an alle fünf von der Bund-Länder-Nachrüstliste betroffenen Landesatomaufsichtsbehörden gerichtet hatte (ggf. bitte mit Angabe des Datums dieser BMU-Bitte/-Aufforderung)?
34. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten inhaltlichen und zeitlichen Vereinbarungen wurden auf der Abteilungsleiter-Telefonkonferenz vom 8. September 2010 hinsichtlich des weiteren Vorgehens für die Atomkraftwerke-Nachrüstung getroffen (beispielsweise welche konkreten Fristen wurden für die anlagenscharfe Ermittlung des tatsächlichen Nachrüstbedarfs vereinbart; vgl. Plenarprotokoll 17/64, Anlage 53), und wie wurde für das weitere Vorgehen sichergestellt, dass es zwischen dem BMU und den Abteilungsleitern der fünf betroffenen Landesatomaufsichtsbehörden keine Missverständnisse hinsichtlich aller wesentlicher Punkte, die besprochen wurden, gab (wurden beispielsweise die wesentlichen Inhalte und Positionen der Telefonkonferenz schriftlich festgehalten)?
35. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchem Zeitpunkt rechnet die Bundesregierung mit der Genehmigung der Einlagerung und des Transports der 152 zurzeit im Forschungszentrum Jülich lagernden Castoren mit Brennelementen aus dem AVR Jülich (AVR: Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor) in das Brennelemente-Zwischenlager Ahaus, und mit welcher Zahl an Einzeltransporten von Jülich nach Ahaus per Bahn und Lkw rechnet die Bundesregierung infolge dieser Genehmigungen?

36. Abgeordnete
Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Besteht die Bundesregierung weiterhin auf ihren Ausführungen, dass mögliche Zusammenhänge zwischen den gehäuften Krebsfällen in der Samtgemeinde Asse und dem dortigen atomaren Lager gänzlich ausgeschlossen werden können?
37. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD)
- Mit welchen konkreten Maßnahmen will die Bundesregierung das in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt formulierte Ziel – bis 2020 sind Fließgewässer und ihre Auen in ihrer Funktion als Lebensraum soweit gesichert, dass eine für Deutschland naturraumtypische Vielfalt gewährleistet ist – erreichen?
38. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD)
- Was tut die Bundesregierung, damit, wie in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt angestrebt, 100 Prozent der Wasserkörper einen guten oder sehr guten ökologischen Zustand erreichen, obwohl nach Meinung verschiedener Experten dieses Ziel nicht mehr realisierbar ist?
39. Abgeordneter
Dr. Hermann Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie erklärt der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Norbert Röttgen, die Diskrepanz zwischen ihm, der in seiner Rede auf der Klimaschutzkonferenz in Cancún davon sprach, dass der Klimaschutz in Deutschland in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft angekommen sei und nicht als Bedrohung, sondern als Chance begriffen würde, und seinem Kabinettskollegen Rainer Brüderle, der noch kürzlich in Einklang auch mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie e. V. eine Pause beim Klimaschutz gefordert hat und die vermeintlichen Risiken und nicht die Chancen von Klimaschutz betont, und hat sich die Meinung des Kabinettskollegen Rainer Brüderle diesbezüglich mittlerweile geändert?
40. Abgeordneter
Dr. Hermann Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat sich in diesem Zusammenhang die Position der Bundesregierung bezüglich einer unkonditionierten Erhöhung des EU-Reduktionszieles auf 30 Prozent geändert?

41. Abgeordneter
Frank Schwabe
(SPD) Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung unternommen, damit die Europäische Union ihr Klimaschutzziel auf 30 Prozent Minderung bis 2020 erhöht?
42. Abgeordneter
Frank Schwabe
(SPD) Mit welchen konkreten Handlungen hat sich die Bundesregierung in Cancún für eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls eingesetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

43. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wurde der Werbeauftritt von Dr. Annette Schavan für die „BILD“-App vergütet?
44. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Entspricht es der gebotenen Neutralität der Bundesregierung, wenn ein Kabinettsmitglied wie Dr. Annette Schavan für die iPad-App der „BILD Zeitung“ wirbt, und beabsichtigt die Bundesregierung in Zukunft auch für andere Verlage oder Produkte werblich tätig zu werden?
45. Abgeordneter
René Röspel
(SPD) Aus welchen Gründen hält es die Bundesregierung für zielführend, dass im „Bioökonomierat“ kein Sachverständiger aus dem Bereich Verbraucherschutz sowie aus den Sozialwissenschaften vertreten ist, und folgt aus diesem Defizit nicht eine nur begrenzte Ausgewogenheit der Stellungnahmen des Bioökonomierates?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

46. Abgeordneter
Manfred Grund
(CDU/CSU) Wie bewertet die Bundesregierung das Projekt zur Beratung im Bereich Gender Mainstreaming in Afghanistan, das von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH durchgeführt wird, vor dem Hintergrund eines effizienten Einsatzes von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit und vor dem Hintergrund der Bedürfnisse des Landes?
47. Abgeordneter
Manfred Grund
(CDU/CSU) Inwieweit plant die Bundesregierung eine Fortsetzung solcher Projekte vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in Afghanistan?
48. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie viel Prozent der von der Bundesregierung zugesagten finanziellen Mittel für die humanitären Krisen in Haiti und Pakistan wurde bislang jeweils ausgezahlt, und aus welchen Gründen wurden die zugesagten Gelder bisher noch nicht in vollem Umfang gezahlt?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

49. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie rechtfertigt die Bundesregierung, dass der Bundesnachrichtendienst seinem Informanten Curveball fünf Jahre monatlich 3 000 Euro zahlte, diesen trotz fehlender Voraussetzungen beim vorzeitigen Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft unterstützte sowie ein nicht existentes Arbeitsverhältnis mit einem nicht existenten Arbeitgeber bescheinigen ließ, nachdem feststand, dass die Behauptungen Curveballs, der Irak unter Saddam Hussein besitze Biowaffen, falsch und erfunden waren, aber gerade diese Unwahrheiten von den USA wesentlich als Begründung genutzt worden waren, in den Irak einzumarschieren und einen Krieg zu führen, in dem weit mehr als 100 000 Menschen getötet und ein unendliches Leid und Zerstörung angerichtet wurden (vgl. ARD-Panorama und Dokumentation vom 2. Dezember 2010), und wie beurteilt die Bundesregierung die Handlungen sowie Unwahrheiten des Informanten Curveball, die geeignet waren und vermutlich in der

Absicht vorgenommen wurden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören im Hinblick darauf, dass Artikel 26 des Grundgesetzes die Führung eines Angriffskrieges als verfassungswidrig verbietet sowie verlangt, solche Handlungen in Deutschland unter Strafe zu stellen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

50. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Bemühungen hat die Bundesregierung unternommen, um aufzuklären, welche weitere Informationen von Informanten, insbesondere dem Informanten aus dem Büro des Bundesministers des Auswärtigen (diverse Medien seit dem 3. Dezember 2010; DER SPIEGEL vom 6. Dezember 2010), nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen bis letzte Woche über Überlegungen, Pläne und Taktiken der Bundesregierung auch zu mit den USA strittigen Themen wie zur NATO-Konferenz in Lissabon und zum Abzug der US-Nuklearraketen aus Deutschland an US-Diplomaten abgeflossen sind, und ob dadurch Schaden oder Schwierigkeiten für die Durchsetzung deutscher Interessen entstanden sind, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um solche Praktiken rückhaltlos aufzuklären sowie zu vermeiden?
51. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung der US-Administration, ihre „fruchtlosen Bemühungen aufzugeben, Israel zu einem neuen Baustopp von 90 Tagen zu bewegen“ (ticker vom 8. Dezember 2010, dpa-Meldung um 10.45 Uhr)?
52. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Welche Bedeutung für die Nahostpolitik der Bundesregierung hat die Initiative der brasilianischen Regierung, den Staat Palästina in den Grenzen von 1967 anzuerkennen?
53. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie wird die Bundesregierung auf die Einreiseverweigerung seitens der israelischen Regierung für die Delegation des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in den Gazastreifen am 5. Dezember 2010 reagieren?

54. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche politischen Initiativen wird die Bundesregierung unternehmen, um die israelische Regierung zu einem Ende der wirtschaftlichen Blockade des Gazastreifens, mit katastrophalen humanitären Konsequenzen für die Bevölkerung, zu bewegen?
55. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit hat sich die Bundesregierung für die Freilassung der politischen Häftlinge in Kuba engagiert, und inwiefern hat sie sich für eine Aufnahme der bereits entlassenen und ausgewiesenen politischen Exhäftlinge in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt?
56. Abgeordnete
Agnes Malczak
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unterstützt die Bundesregierung die Auffassung, dass ein Staat, der dem Nichtverbreitungsvertrag nicht beigetreten ist, Mitglied der Nuclear Suppliers Group werden darf?
57. Abgeordnete
Agnes Malczak
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Vertritt der deutsche Botschafter in Indien, Thomas Matussek, mit seinen Äußerungen, dass Deutschland eine indische Mitgliedschaft in der Nuclear Suppliers Group unterstützt und die Bedingungen hierfür erfüllt seien (newkerala.com, 6. Dezember 2010) die Position der Bundesregierung, und welche Bedingungen müssen für die Aufnahme eines Staates in die Nuclear Suppliers Group aus Sicht der Bundesregierung erfüllt sein?
58. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Sind die aktuellen Diskussionen um den Einsatz einer EU-Battlegroup zur Verstärkung der Mission der Vereinten Nationen im Sudan (UNMIS) als Indiz zu werten, dass Bundesregierung und EU nicht mehr davon ausgehen, dass bis zum vorgesehenen Termin für die Referenden über die Unabhängigkeit des Südsudan am 9. Januar 2011 weder der zukünftige Grenzverlauf noch die offenen Fragen bezüglich der Wählerregistrierung – die entscheidend für den Ausgang der Referenden sein dürften – abschließend geklärt sind, also nicht mit einem reibungslosen Ablauf und einer anschließenden Anerkennung des Referendums durch die beteiligten Parteien zu rechnen ist, und wird die Bundesregierung einen Einsatz einer EU-Battlegroup befürworten (bitte begründen)?

59. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung die Aussage von Navanethem Pillay, Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, bekannt, die hinsichtlich der Vorgänge um die Internetplattform Wikileaks gegenüber der Nachrichtenagentur „REUTERS“ ihre Besorgnis über Berichte von Druck, der auf Firmen ausgeübt wurde, darunter Banken, Kreditkartenunternehmen und Internet Service Provider, um die Finanzströme zu Wikileaks zu unterbrechen, und das Hosting der Website zu unterbinden, zum Ausdruck brachte, da man ihrer Ansicht nach diese Maßnahmen als Versuch interpretieren könne, die Plattform von der Veröffentlichung abzuhalten, wodurch das Recht auf freie Meinungsäußerung verletzt werden würde, und teilt die Bundesregierung diese Ansicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

60. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern sieht die Bundesregierung – auch im Lichte des deutschen Informationsfreiheitsgesetzes und dessen oftmals unzureichender Umsetzung in der Praxis – einen Zusammenhang zwischen einem berechtigten Transparenzanspruch der Bürgerinnen und Bürger und Veröffentlichungen durch Plattformen wie Wikileaks, und teilt die Bundesregierung die Ansicht des Fragestellers, dass öffentliche Verwaltungen durch eine erhöhte Transparenz dem grundsätzlich berechtigten Transparenzanspruch besser entgegenkommen müssten?
61. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wie hat die Bundesregierung die Stiftung Deutsches Sport & Olympia Museum bzw. das Museum in Köln selbst seit Gründung im Jahr 1999 unterstützt, und wie wird sie es künftig tun?
62. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen, von denen türkische Staatsangehörige betroffen sind, wurden nach dem 1. Dezember 1980 entgegen Artikel 13 des Beschlusses Nr. 1/80 des Assoziationsrates vom 19. September 1980 über die Entwicklung der Assoziation EWG–Türkei in der Weise verschärft, dass eine nach dem 1. Dezember 1980 erfolgte Erleichterung für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis wieder (teilweise oder gänzlich) zurückgenommen wurde (vgl. Urteil des Europäischen Gerichtshofs – EuGH – C-300/1/09 vom 9. Dezem-

ber 2010), und wird die Bundesregierung von der geplanten Verlängerung der Mindestbestandszeit für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht von Eheleuten von zwei auf drei Jahre absehen, da dies gegen das genannte Urteil des EuGH und damit gegen verbindliches Europarecht verstoßen würde (bitte begründen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

63. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen wurde in den letzten zehn Jahren gegen Journalisten, Blogger oder Inhaber von Webseiten jeweils wegen Anstiftung oder Beihilfe zum Geheimnisverrat ermittelt, und zu wie vielen Verurteilungen kam es (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
64. Abgeordneter
René Röspel
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von einigen Wissenschaftlern, die in Bezug auf § 52a des Urheberrechtsgesetzes davon sprechen, dass die Auslegung und Anwendung des § 52a häufig nicht verfassungskonform und darüber hinaus europarechtswidrig sei, und sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen der § 52a durch Universitäten in einer unrechtmäßigen Form angewendet worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

65. Abgeordneter
Harald Koch
(DIE LINKE.)
- Ist die Regelung im Umsatzsteuer-Anwendungserlass (UStAE) zu § 4 Nummer 21 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) unter Punkt 4.21.2 („Ergänzungsschulen“), Absatz 3 Satz 2 derart zu verstehen, dass sämtliche Maßnahmen nach § 46 Absatz 1 Nummer 1 bis 5 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung) – gegebenenfalls auch in Kombination – umsatzsteuerbefreit sind, und wenn nein, welche Varianten bzw. Kombinationen sind von der Umsatzsteuerbefreiung ausgenommen?

66. Abgeordneter
Harald Koch
(DIE LINKE.)
Welche Rechtssicherheit ist für eine durchführende Bildungseinrichtung gegeben, wenn sie gemäß der Steuerbefreiungsregelungen nach § 4 Nummer 21 Buchstabe a Doppelbuchstabe bb UStG (Leistungen privater Schulen und anderer allgemeinbildender oder berufsbildender Einrichtungen) von der zuständigen Landesbehörde für eine bestimmte Maßnahme eine derartige Bescheinigung erhalten hat?
67. Abgeordneter
Dr. Thomas Gambke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Neuregelung plant die Bundesregierung bei der Verlustverrechnung nach dem vorläufigen Beschluss des Bundesfinanzhofs vom 26. August 2010, und welche Maßnahmen strebt die Bundesregierung diesbezüglich zur Kompensation von Einnahmeausfällen bei Bund, Länder und Kommunen an?
68. Abgeordneter
Dr. Thomas Gambke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung als Reaktion auf die Stellungnahme der EU-Kommission vom 30. September 2010 im Vertragsverletzungsverfahren (Nr. 2008/4909) bez. der Organshaft, und in welchem Zeitrahmen?
69. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
Welche Einzeldaten sind den Finanzbehörden bekannt, die im Rahmen einer vorausgefüllten Steuererklärung dem Steuerpflichtigen bereitgestellt werden können, und bezieht sich die von der Bundesregierung angestrebte vorausgefüllte Steuererklärung lediglich auf Fälle der Onlineerklärung via Elster oder auch auf die Zusendung von vorausgefüllten Vordrucken an den Steuerpflichtigen auch vor dem Hinblick einer Differenzierung zwischen Steuerpflichtigen als natürliche Personen mit Neben- bzw. Haupteinkünften und der Besteuerung von juristischen Personen?
70. Abgeordneter
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
Welcher Vereinfachungseffekt bei Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages auf 1 000 Euro tritt bei Steuerpflichtigen mit tatsächlichen Werbungskosten unter 920 Euro hinsichtlich des Erfordernisses der Belegpflichten ein, und stimmt die Bundesregierung zu, dass in den genannten Fällen die Erhöhung des Pauschbetrages zu Mitnahmeeffekten führt?

71. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie berechnete die Bundesregierung die in ihrer Initiative zur Steuervereinfachung geplanten aufkommensneutralen Entlastungen von rund 4 Mrd. Euro für Unternehmen (vgl. Pressemeldungen vom 10. Dezember 2010) im Genauen (bitte komplette Maßnahmen auflisten und finanzielle Wirkungen im Detail aufschlüsseln), und wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass ausschließlich kleine und mittlere Unternehmen von den Entlastungen profitieren?
72. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es konkrete Kompensationsgeschäfte – wie etwa von der „Rheinischen Post“ am 9. Dezember 2010 veröffentlicht ein Einlenken Deutschlands beim Euro-Rettungsschirm – die im Gegenzug zum Zugeständnis der anderen EU-Staaten an Deutschland bei den Kohlebeihilfen gemacht werden, und wenn ja, welche?
73. Abgeordneter
Richard Pitterle
(DIE LINKE.)
- Wie viele Verwaltungsanweisungen wurden durch das Bundesministerium der Finanzen in den Jahren 2000 bis 2010 hinsichtlich eines vereinfachten Spendennachweises bei Naturkatastrophen erlassen (bitte differenziert nach Jahren), und welchen Effekt misst die Bundesregierung einer Verkürzung der Aufbewahrungszeiten deutlich unter zehn Jahren für Belege für Privatpersonen bzw. Gewerbetreibende zu?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

74. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer Breitbandstrategie und der Tatsache, dass die Mobilfunkanbieter beim Breitbandausbau (LTE-Technologie) eine tragende Rolle spielen sollen, dass die Bundesnetzagentur die Terminierungsentgelte für die Mobilfunkanbieter auf die Hälfte gesenkt hat, obwohl eine solche drastische Senkung ungewöhnlich ist (bisher waren 16 bis 19 Prozent schon viel) und dadurch den Mobilfunkanbietern möglicherweise Erlöse für Investition in den Breitbandausbau fehlen?

75. Abgeordneter
Gerd Bollmann
(SPD) Wann wird die Bundesregierung den CCS-Gesetzesentwurf vorstellen, und wie sollen die Kompetenzen für die Bundesländer geregelt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

76. Abgeordneter
Swen Schulz (Spandau)
(SPD) Weshalb wird bei der Leistungserbringung für Schulausflüge und Klassenfahrten auf Gutscheine verwiesen, obwohl der Gesetzesentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“ vorsieht, dass für diese Leistungen die tatsächlichen Kosten übernommen werden?
77. Abgeordneter
Swen Schulz (Spandau)
(SPD) Nach welchen Kriterien soll ein persönlicher Berater im Jobcenter über den individuellen Bedarf für die Art der Lernförderung entscheiden, sofern keine Empfehlung eines Fachlehrers vorliegt, und ab wann stehen hierfür geschulte Mitarbeiter zur Verfügung?
78. Abgeordnete
Gabriele Hiller-Ohm
(SPD) Wie begründet die Bundesregierung die im Gesetzesentwurf zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vorgenommene unterschiedliche Altersgrenze beim Bildungs- und Teilhabepaket von 18 Jahren einerseits und 25 Jahren andererseits?
79. Abgeordnete
Gabriele Hiller-Ohm
(SPD) Welche Basisleistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket werden ab 1. Januar 2011 flächendeckend bundesweit durch die Jobcenter angeboten?
80. Abgeordneter
Werner Dreibus
(DIE LINKE.) Ist für das Bildungspaket (Leistungen zu Bildung und Teilhabe nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch) eine Deckelung vorgesehen, und wie gestaltet sich die Regelung für Geringverdiener?

81. Abgeordneter
Werner Dreibus
(DIE LINKE.)
Wie hoch sind die Umsetzungskosten (Personal- und Verwaltungskosten) an den Gesamtkosten des Bildungspaketes?
82. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
Wie viel zusätzliches Personal wird den Grundsicherungsstellen zur Umsetzung des Bildungspaketes (Leistungen zu Bildung und Teilhabe nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch) zur Verfügung gestellt (bitte nach Bundesländern aufgliedern), und ab welchem Zeitpunkt steht dieses vollständig zur Verfügung?
83. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
Nach welchen Kriterien wird das Personal eingesetzt, und ist für den Fall, dass ab dem 1. Januar 2011 das Bildungspaket noch nicht umgesetzt werden kann, eine Barauszahlung der Ansprüche vorgesehen (bitte auch die Höhe der geschätzten Ansprüche nennen)?
84. Abgeordnete
Dr. Carola Reimann
(SPD)
Ist der Bundesregierung bekannt, welche Praktiken Arbeitgeber in der ambulanten Pflege nutzen, um die Bezahlung des Mindestlohns zu umgehen, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

85. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Sieht sich die Bundesregierung durch die bestehende Gesetzeslage und die Ausgestaltung der DIMDI-Arzneimittelverordnung (DIMDI-AMV) in der Lage wirksam zu kontrollieren, ob und inwieweit der Antibiotikaeinsatz in der gewerblichen Tierhaltung zugenommen hat, zumal in der Geflügelindustrie, für die in der DIMDI-AMV aus Datenschutzgründen eine Sonderfallregelung festgelegt wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

86. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD) Welche NATO-Länder haben mit welchen militärischen Kräften in den vergangenen zwölf Monaten aktiv (d. h. nicht anlässlich von Transiten bzw. Passagen) an der Operation „Active Endeavour“ (OAE) im Mittelmeer teilgenommen?
87. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD) Für welche Zeiträume haben diese Kräfte jeweils an der NATO-Mission OAE teilgenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

88. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD) Wann beabsichtigt die Bundesregierung die Anhebung der Altersgrenze von 12 auf 14 Jahre im Unterhaltsvorschussgesetz umzusetzen, und inwieweit sind dann mit dieser Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes auch Maßnahmen zur Entbürokratisierung beim Unterhaltsvorschuss geplant?
89. Abgeordnete
Daniela Kolbe
(Leipzig)
(SPD) Trifft es zu, dass die Bundesregierung nicht nur im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, sondern auch in anderen Geschäftsbereichen, wie z. B. dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales von den Trägern, die an den Extremismuspräventionsprogrammen partizipieren wollen, eine gesonderte Erklärung zur Verfassungstreue verpflichtend erwartet wird und die Träger verpflichtet werden, dafür Sorge zu tragen, dass sich auch ihre Partner und Projektbeteiligten entsprechend verhalten?
90. Abgeordnete
Daniela Kolbe
(Leipzig)
(SPD) Müssen Träger, die per Verwaltungsakt bereits durch die zuständigen Behörden als Träger der Jugendhilfe oder als Träger der politischen Bildung staatlich anerkannt sind, ebenfalls eine Erklärung zur Verfassungstreue unterschreiben, und wird diese Erklärung auch von Trägern, die z. B. in der Erinne-

rungsarbeit bei dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien oder in den Bereichen der Jugendhilfe sowie der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung gefördert werden, abverlangt?

91. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.)

Wie hat die Bundesregierung die in der Fragestunde des Deutschen Bundestages gegebene Zusage des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hermann Kues an den Abgeordneten Dr. Ilja Seifert (DIE LINKE.): ‚Ich sage Ihnen allerdings zu, Herr Kollege Seifert, dass wir das zum Anlass nehmen werden, bei der nächsten Bund-Länder-Besprechung zur Kriegsgräberfinanzierung das Thema „Barrierefreiheit bei Kriegsgräbergedenkstätten und Ehrenmalen“ als eigenen Tagesordnungspunkt vorzusehen.‘ (Plenarprotokoll 17/42 vom 19. Mai 2010, S. 4171) erfüllt, und welche diesbezüglichen Ergebnisse wurden dabei erzielt?